

STATEMENT | ALENA BUYX

Pressekonferenz anlässlich der Veröffentlichung der Stellungnahme „Vulnerabilität und Resilienz in der Krise – Ethische Kriterien für Entscheidungen in einer Pandemie“

Berlin, 4. April 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen! Ich danke Ihnen, auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Ethikrat, dafür, dass Sie heute gekommen sind und wir Ihnen unsere Stellungnahme „Vulnerabilität und Resilienz in der Krise – Ethische Kriterien für Entscheidungen in einer Pandemie“ vorstellen dürfen.

Auch wenn uns alle dieser Tage der Krieg in der Ukraine am meisten bewegt und beschäftigt, sind wir gleichzeitig immer noch in einer anderen Krise – der Pandemie, die zwar dieser Tage deutlich beherrschbarer scheint, aber die uns als Individuen wie als Gesellschaft tiefgreifend betroffen und auch ein Stück weit verändert hat – und die ja noch immer nicht vorbei ist.

In der Pandemie galt oft der Krisenmodus: schnell nachdenken, schnell abwägen, schnell entscheiden. Auch der Ethikrat hat viel ad hoc zum Thema Corona gearbeitet – aber nicht nur. In den letzten zwei Jahren haben wir durchgängig immer auch darüber beraten, wie man langfristig besser mit Pandemien (und verwandten Krisen) umgehen kann.

Die Folgen der Pandemie und ihrer Bewältigung betreffen zwar alle, aber eben nicht alle in gleicher Weise. Menschen, Gruppen, aber auch Institutionen sind unterschiedlich verletzlich und unterschiedlich widerstandsfähig. Güter wie Sicherheit, Gesundheitsschutz, Freiheit geraten in Konflikt – und es müssen schwierige Güterabwägungen erfolgen.

Maßnahmen gegen eine Pandemie müssen zugleich ethisch begründet, demokratisch legitimiert und gesellschaftlich akzeptabel sein. In unserer Stellungnahme geben wir Empfehlungen, wie das zukünftig besser gelingen kann und wie man eine ethisch und sozial verantwortliche Langzeitstrategie für den Umgang mit schweren Gesundheitskrisen entwickeln kann.

Vorbereitend analysieren wir in einer Rückschau zunächst, wer wie und warum besonders betroffen war und ggf. noch ist. Wir kartieren die Folgen von Covid, aber auch die Nebenfolgen der gegen die Pandemie ergriffenen Maßnahmen – körperliche und psychische, aber auch Folgen für Institutionen, für bestimmtes Personal, für die Bildung, Schulen, Ausbildung, Unis, für Wirtschaft und Rechtssystem; wir erörtern politische Effekte und die Infodemie ebenso wie Effekte auf das Vertrauen in unserer Gesellschaft. Anschließend entwickeln wir ethische Kriterien, die zukünftig stärker und besser in

Pressekontakt

Ulrike Florian
Telefon: +49/30/20370-246
Telefax: +49/30/20370-252
E-Mail: presse@ethikrat.org

Geschäftsstelle

Jägerstraße 22/23
D-10117 Berlin
Telefon: +49/30/20370-242
Telefax: +49/30/20370-252
E-Mail: kontakt@ethikrat.org
Internet: www.ethikrat.org

der Krisenbekämpfung berücksichtigt werden sollten und die Ihnen meine Kollegen Prof. Sigrid Graumann und Prof. Andreas Lob-Hüdepohl, die die Arbeitsgruppe des Deutschen Ethikrates zum Themenkomplex Pandemie geleitet haben, noch genauer vorstellen werden.

Wir unterstreichen auch die Notwendigkeit, als Gesellschaft besser zu werden darin, in öffentlichen Debatten mit Ungewissheit umzugehen, unterschiedliche Positionen nicht nur auszuhalten, sondern die Vielfalt von Ansichten sogar zum Erkenntnisgewinn zu nutzen. Wir rufen nach einer kritischen Aufarbeitung der erfolgten Krisenbewältigung, nach besserer Fehlerkultur, – wobei in Zeiten der Krise die zentrale Verantwortung dafür, die Bevölkerung in einem „Miteinander in Differenz“ zu halten, bei staatlichen Akteuren liegt.

Konkret unterstreichen wir in unseren Empfehlungen neben der sorgfältigen demokratischen Legitimation von Schutzmaßnahmen die Verpflichtung zur Wissensgenerierung. Um eine verhältnismäßige Einschränkung von Grundrechten und die ethisch angemessene Güterabwägung zu ermöglichen, muss die notwendige Wissens- und Datenbasis sichergestellt sein, insbesondere mit Blick auf potenziell unverhältnismäßig stark betroffene Gruppen – und das ist sie nicht.

In zukünftigen Pandemien sollte frühzeitig eine Langzeitstrategie entwickelt werden, die stärker auf dezentrale, besser an lokale Gegebenheiten angepasste Schutzkonzepte setzt.

Die Menschenwürde muss ebenso wie der Kern der Grund- und Menschenrechte unbedingt geachtet werden. Besonders vulnerable Gruppen müssen besonderen Schutz erfahren und konsequent in sie betreffende Entscheidungen einbezogen werden – es sollte also Partizipation gestärkt werden.

Es werden krisenrobustere Institutionen benötigt. Eigenverantwortung, Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt müssen gefördert werden, dabei sollten die vielen kreativen Beiträge aus der Zivilgesellschaft viel stärker unterstützt und nicht behindert werden. Das Potenzial von Maßnahmen, gesellschaftliche Spaltungen zu fördern, sollte in Abwägungsentscheidungen systematisch berücksichtigt werden.

Belastungen müssen möglichst gerecht verteilt und auch kompensiert werden. Wertschätzende, verständliche und kultursensible Kommunikation und Information sind essenziell und müssen – auch jenseits der traditionellen Kanälen – verstetigt und verbessert werden; Strategien gegen Desinformation sind dringend notwendig, insbesondere gegen gezielt eingesetzte.

Und schließlich ist die Pandemie nicht überwunden, wenn sie nicht auch global bewältigt ist; es ist eine Frage internationaler Gerechtigkeit, aber auch im wohlverstandenen Interesse reicher Länder, weniger wohlhabende Länder zu unterstützen.

Ich übergebe nun an Sigrid Graumann und Andreas Lob-Hüdepohl, die den Gang unserer Argumentation noch genauer vorstellen.

Vielen Dank!
Prof. Dr. Alena Buyx